

AG SPD 60 plus fordert gesetzliche Deckelung der Dispo- und Überziehungszinsen

Ein bekannter Spruch lautet „Am Ende des Geldes ist noch so viel Monat übrig“. Das ist oft der Standardfall, in dem Menschen, Studierende, Alleinerziehende, Arbeitnehmer*innen mit geringen Löhnen oder Rentner*innen, den Dispozinssatz ihres Girokontos in Anspruch nehmen müssen, alleine schon für ihre täglichen Ausgaben für Lebensmittel und Kleidung. Dabei hätte man eigentlich genug Geld, muss aber erst noch den Dispozins vom letzten Monat bezahlen. Geht dann auch noch die Waschmaschine kaputt rutscht man schnell vom Dispo- in den Überziehungszins, wenn also der festgelegte Disporahmen gesprengt wird und Überziehungszinsen anfallen. Beides kann sehr schnell teuer werden.

Laut einer Studie von check24 aus dem September 2020 liegt der durchschnittliche Dispozins, den deutsche Banken verlangen bei 9,79 Prozent. Würde man den Banken hingegen Geld zur Anlage anvertrauen kann man froh sein, wenn man überhaupt Zinsen bekommt. Dieser Punkt ist sogar noch verständlich, wenn man sich anschaut, dass der Leitzins der EZB im Moment bei 0 Prozent, der Euribor, also der Wert zu dem sich Banken gegenseitig Geld leihen, sogar bei -0,5 Prozent liegt. Diese Zinslage steht aber in keinem Verhältnis zu einem durchschnittlichen Dispozins von fast 10 Prozent und noch höheren Überziehungszinsen. Manch einem fällt dabei der Begriff Wucher ein.

„Der Bundesvorstand der AG SPD 60 plus begrüßt dazu den Antrag der AG SPD 60plus Emden, dass der Dispo- und Überziehungzinssatz nicht höher als 4 Prozent über dem Leitzins der EZB liegen darf, und wird ihn auch auf dem nächsten Parteitag der SPD einbringen.

Damit setzen wir ein Zeichen für die Menschen, die sich kurzfristig, oft unverschuldet, in finanziellen Schwierigkeiten befinden. Niemand überzieht gerne sein Konto. Wir wollen sicherstellen, dass diese Menschen nicht noch Angst vor viel zu hohen Zinsen haben müssen, wenn das Geld gerade mal nicht zum Leben reicht. Banken können sich gegenwärtig fast zum Nulltarif refinanzieren, da sind solch hohe Dispo- und Überziehungszinsen einfach aus der Welt gefallen und nicht mehr verhältnismäßig“, so Lothar Binding, Bundesvorsitzender der AG SPD 60 plus und finanzpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.